

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verordnungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erbsicht westfälisch. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Verordnungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erbsicht westfälisch. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 56 Donnerstag, den 7. März 1929 24. Jahrgang

Die Genfer Ratstagung

Die Gründe für die Absage der gestrigen Sitzung
Die plötzliche Absage der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundesrates zur Einleitung der grundsätzlichen Besprechung des Minderheitenproblems im Rahmen des kanadischen und des deutschen Antrags hat zu sehr verschiedenartigen Gerüchten über die Gründe dieser ganz unerwartet gekommenen Wendung Anlaß gegeben. Der Grund der Absage soll jedoch lediglich darin zu suchen sein, daß die Vorprüfung des Juristenkomitees zu dem litauischen Antrag auf sofortige Buzierung zu der grundsätzlichen Aussprache über das Minderheitenproblem formell noch nicht abgeschlossen sei, obwohl bereits eine Klärung in dem Sinne vorhanden sein dürfte, daß im gegenwärtigen Stadium die Voraussetzung für die Anwendung des von Litauen angerufenen Artikels 4 nicht gegeben ist. Es sei zu erwarten, daß die Aussprache über das Minderheitenproblem am Mittwoch vormittag und zwar in der gleichen Weise aufgenommen werde, wie sie ursprünglich für Dienstag nachmittag vorgesehen war.

Die Nachmittagsstunden brachten eine Reihe privater Besprechungen; u. a. machten Bakski und anschließend Scialoja dem englischen Minister des Auswärtigen Besuche, die mit der Behandlung der Minderheitenfrage zusammengebracht werden. Abends um 6 Uhr begab sich Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann an den Sitz der französischen Delegation, um Briand einen längeren Besuch abzustatten.

Deutschlands Minderheiten-Vorschläge

Rede Stresemanns vor dem Völkerbundesrat

In der heutigen Sitzung des Völkerbundesrates hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann die mit großer Spannung erwartete Rede über die Minderheitenfrage. Der Minister ging auf die Entwicklung dieser Frage in den letzten Jahren ein. Er legte seinen Standpunkt dar und betonte, daß es sich bei den Minderheitenbestimmungen nicht darum handeln könne, sie in den Mehrheiten ihrer Staaten auszuheben zu lassen. Er müsse dem auf das Bestimmteste widersprechen. Nach längeren Ausführungen, in denen der Minister besonders das Verfahren bei Minderheitenbeschwerden behandelte, stellte er dem Rat folgende Vorschläge zur Erwägung:

1. Eine Vesserung des normalen Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitenbeschwerden.
 2. In Aussicht zu nehmen, daß die bisher geübte Ausschaltung der beteiligten Nation bei Minderheitenbeschwerden durch eine Einziehung ersetzt wird.
 3. Zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiepflicht außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat.
- Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der kulturelle Frieden der Völker stärker als Paragraphen für den allgemeinen Frieden wirken werde.

Der englische Kriegsminister hält eine Kriegsgreuelüge aufrecht

Eine Anfrage im englischen Unterhaus über die angeblichen deutschen Pestbazillen-Granaten.

Im Unterhaus stellte der Abgeordnete Kennworthy an den englischen Kriegsminister die Frage, ob das Kriegsministerium irgendwelche Kenntnis davon habe, daß während des Weltkrieges von den deutschen Truppen an der Westfront Bomben oder Granaten verwendet worden seien, die Krankheits- oder Pestbazillen enthielten.

Kriegsminister Worthington Evans erklärte: „Nein. Das Kriegsministerium besitzt keine weiteren Informationen als die, welche in der offiziellen Geschichte des Krieges, im zweiten Band, Kapitel 17 über das Sanitätswesen enthalten sind.“

Kennworthy stellte die weitere Frage: Legt diese offizielle Kriegsgeschichte nicht Zeugnis dafür ab, daß keine Geschosse verwendet wurden, die Bazillen enthielten?

Kriegsminister Worthington Evans: Ich glaube, der Abgeordnete täte am besten daran, das Kapitel 17 zu lesen.

Kennworthy: Ist der Minister nicht in der Lage, diese neueste Kriegsgeschichte, die ausgegraben wurde, zu widerlegen?

Worthington Evans: Ich bin wirklich der Meinung, daß der Abgeordnete am besten daran täte, das betreffende Kapitel zu lesen. Ich bin nicht in der Lage, seine Frage mit einem Ja oder Nein zu beantworten. (1)

Kennworthy: Ist sich der Kriegsminister nicht im Klaren darüber, daß dieses Kapitel 17 über das Sanitätswesen...

Die Sachverständigen-Verhandlungen

Die französische Presse läßt kaum einen Tag vorübergehen, ohne Versuchsarbeiten setzen zu lassen und auf den Führer der deutschen Delegation Dr. Schacht hinzuweisen und ihn zu beschuldigen, daß er immer noch nicht mit festen Zahlen herauszukommen wolle. Es ist in der Öffentlichkeit merkwürdig still um diese Konferenz geworden, da die Finanzsachverständigen selbst ihre Ehre daran setzen, nicht aus der Schule zu blaunern und durch Unvorsichtigkeiten das ganze Werk zu gefährden.

Eine Reihe von Einzelerfahrungen legt aber heute den Schluß nahe, daß man in Paris schon recht weit gediehen ist. Die Reise zweier Vertreter der deutschen Delegation nach Berlin und München stand zweifellos mit dem Sachlieferungsproblem im Zusammenhang, das in einem besonderen Ausschusse der Pariser Konferenz zur Erörterung gelangte. Die Wohlstands-klausel des Dawesplans und Londoner Abkommens kann heute schon als gefallen bezeichnet werden, wenngleich sie in irgendeiner Form mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich und Belgien erstet werden dürfte.

Von besonderer Wichtigkeit ist der Vorschlag Morgans, für den neuen Zahlungsplan wiederum ein besonderes Zentralorgan zu schaffen. Es scheint hier daran gedacht zu sein, die Tätigkeit des Entschädigungsagenten Parker Gilbert sowohl nach der technischen wie nach der finanziellen Seite hin zu fundamentalisieren und den amerikanischen Einfluß zu festigen. Die Amerikaner glauben nicht nur aus den Jahresberichten des Entschädigungsagenten, sondern auf Grund eigener Erfahrungen zu wissen, daß die deutsche Volkswirtschaft einen Zinsen- und Amortisationsdienst von einer halben Milliarde leisten kann, worauf sie offenbar ihre Pläne der Kommerzialisierung und Mobilisierung der deutschen Reparationsschulden aufbauen.

dafür bietet, daß Geschosse, die Bazillen enthielten, verwendet worden sind?

Worthington Evans: Dafür liegen keine Beweise vor, das stimmt; aber es besteht ein Verdacht.

Kennworthy: Wäre es in diesem Falle nicht das Beste, diese Kriegsgeschichte ein für allemal festzusetzen?

Worthington Evans: Ich bin jederzeit bereit, eine Frage festzusetzen, aber ich kann nicht mehr tun, als den Abgeordneten auf Kapitel 17 zu verweisen, in dem der ganze Fall behandelt wird.

In dem erwähnten Kapitel 17 hieß es, ein englisches Laboratorium glaube, an Geschosspittern einen Bazillus gefunden zu haben, der dem Pestbazillus ähnele. Selbst wenn an einem Splitter irgendein Bazillus gefunden worden sein mag — es handelt sich während des ganzen Krieges um diesen einzigen Fall — so muß man bedenken, daß der Splitter doch erst im Freien auf der Erde lag, ehe er ins Laboratorium kam; da konnten sich an vielen Splittern irgendwelche Bakterien anheften.

Verhaftung Gandhis

Zusammenstöße in Kalkutta

Die englischen Blätter melden aus Kalkutta, daß dort der Nationalistenführer Gandhi und andere indische Nationalisten, darunter Dr. Roy, nach heftigen Szenen, die an die Unruhen der Jahre 1926 und 1927 erinnerten, verhaftet wurden. Hunderte der Anhänger Gandhis hatten sich versammelt, um eine Rede von ihm anzuhören und versuchten danach Freudenfeuer aus ausländischen Stoffen, die in der ganzen Stadt zusammengeführt worden waren, zu veranstalten. Die Polizei wollte das Anzünden der Freudenfeuer verhindern, aber Gandhi, der in seiner Rede für den Boykott ausländischer Stoffe eingetreten war, erklärte der Menge, daß er alle Verantwortung für das Anzünden der Freudenfeuer übernehme. Daraufhin setzte die Menge sofort die riesigen Stoffhaufen in Brand und als die Polizei versuchte, das Feuer auszulöschen kam es zu einer Verwerfung mit Steinen und Säulen. Bei einem hierauf erfolgten Massenangriff auf die Polizei wurden mehrere europäische Polizeisergeanten und eine große Zahl indischer Polizisten verletzt. Verirrte Polizei wurde in Eile herbeigeholt und die Ordnung schließlich wieder hergestellt. Gandhi wurde später gegen Kauton auf freien Fuß gesetzt. Er fuhr gestern vormittag nach Burma ab und wird nach seines Rückkehr nach Kalkutta von Gandhi erwartet werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die sofortige Abreise des früheren Vizepräsidenten Dawes nach den Washingtoner Besitzlichkeiten nach Europa. Man weiß, daß Morgan noch vor Ostern die Arbeiten der Konferenz beendigen will. Am liebsten würde er in der Karwoche schon wieder zu Hause sein. Vizepräsident Dawes soll nun offenbar von der zweiten Daweskonferenz geehrt werden, weshalb er jetzt nach Paris eingeladen worden zu sein scheint. So feststellbar ist immer klarer heraus, daß die Arbeiten der zweiten Daweskonferenz schon recht weit gediehen sein müssen. Dabei bleibt freilich nicht ausgeschlossen, daß ein Rückschlag erfolgen kann. Vordruck verdient jedoch der Umstand besondere Beachtung, daß von einer Ueberleitung der Pariser Konferenz nach Berlin seit ihrem Zusammentreten im Hotel George V. von keiner Seite die Rede war.

Vor dem Ende der Repko?

Internationales Clearing House statt Reparationskommission und Transferkomitee

Zu den Verhandlungen der Reparationsfachverständigen erklärt die „Information“, es bestünde sich, daß der Sachverständigenausschuß beabsichtige, einen einzigen Organismus, ein richtiges Clearing House, zu schaffen, das die Stelle der Reparationskommission und des Transferkomitees einnehmen sollte. Es trete ziemlich deutlich zutage, daß dieses Clearing House eine richtige internationale Bank werden würde, deren Aufgabe es sei, den Betrag der von Deutschland zu zahlenden Jahreszahlungen zu kontrollieren und zu regeln. Ihr Aktienkapital würde zunächst von den großen Emittionsbanken der allerersten Länder sowie durch ihre Großbanken gestellt werden. Auch Vertreter der Handelskammern würden in diesen Organismus aufgenommen werden.

Eine Erklärung des holländischen Ministerpräsidenten

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Zweiten holländischen Kammer teilte Ministerpräsident de Geer mit, daß er aus Anlaß des tieftraurigen Zwischenfalls, der sich in den letzten Tagen ereignet habe, eine Erklärung abzugeben wünsche. Bevor seinerzeit der Minister des Auswärtigen nach London abgereist sei, hätte er dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß die Veröffentlichung eines aussergewöhnlichen Scherzstücks zu erwarten sei, von welchem Herr van Beuningen zu Rotterdam eine Abschrift bei dem Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen hinterlassen hatte. Das Original hätte van Beuningen vorgezeigt. Beide Minister bedauerten außerordentlich die erfolgte Veröffentlichung, diese sei jedoch nicht zu verhindern gewesen. Der einzige Weg, der der Regierung offenstand, habe darin bestanden, den betroffenen ausländischen Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Regierung sei davon überzeugt, daß Holland von seinem einzigen Velle Gefahr drohe. Der Ministerpräsident sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß diese unglückseligen Tage bald in Vergessenheit geraten mögen.

Selbte über die Bestrebungen des Stahlhelms

Im Rahmen der Vorträge des Mademischen Politischen Klubs in München sprach der Führer des Stahlhelms, Selbte, über das Thema „Was ist und will der Stahlhelm?“ In seinem Vortrage kam der Redner auch auf das Volksbegehren des Stahlhelms zu sprechen und betonte, dies werde herausgebracht werden, wenn der Zeitpunkt dazu günstig sei. Das Volksbegehren sei auf eine möglichst einfache Form gebracht und enthalte nur zwei Forderungen, nämlich eine Verstärkung der Befugnisse des Reichspräsidenten und die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten bei Vergehen des Landesverrats. Der Reichspräsident soll sein Kabinett selbst zusammensetzen oder entlassen können. Letzten Endes, so erklärte Selbte, würden auch die heutigen Parteien keine andere Lösung aus dem jetzigen Chaos finden als eine Diktatur. Allerdings sei vorausichtlich auch ihre Dauer nur beschränkt.

Lieferungsvertrag zwischen dem Sowjetrussischen Elektrotrost und der General Electric Company.

Die Presse in Moskau bringt Mitteilungen über die in New York erfolgte Unterzeichnung eines Vertrages zwischen dem Staatlichen Elektrotechnischen Trust für Sowjetrußland und der General Electric Company, der die Miniarbeit der amerikanischen Gesellschaft beim Ausbau der technischen Hilfsmittel Rußlands zum Gegenstande hat. Der Vertrag, der im Oktober 1928 zustande kam, sieht vor, daß die amerikanische Gesellschaft elektrische Ausrüstungen im Werte von 28 Millionen Dollar nach Sowjetrußland liefert und dem Elektrotrost einen Lieferungsvertrag erteilt.

aufwart Graf, ger mit einem eichnen.
mder:
i Beyreuther- hanngeorgen- 0:34:17.
rt Ott-Breit- hdt 0:30:44,
arl-Breit- :37:31, Kurt lbig-Johann- (ue) 0:35:15,
ain 0:38:28.
emut Dahn- ain 0:24:07,
v. Ullmann- hdt 0:26:18,
er Hermann
Billy Maier- (Eisenstoc) ans Gündel- chaus-Eisen-
Ernst Dahn-
hräuflauf:
aritel Groß-
hräuflauf:
rillig, Dr. :35, Eger- spig-Lauer
035 755
929 (400)
498 938
47 (400)
856 374
000 550
089 344
619 569
244 090
40 (3000)
158 376
400 794
84301
880 793
080 650
145 540
116 865
(5000)
000 778
977 599
19 (400)
3 (3000)
574 125
19 (400)
038 840
775 491
504 257
783 288
425 498
218 813
9 (400)
20 (400)
07 953
26 624
0 (400)
305 418
81 527
47 119
84 508
48 674
80 671
72 682
51 194
28 059
34 841
1 (400)
25 135
15 (001)
02 948
19 990
10005
11000
4 941
1 450
9 922
8 990
9 136
1 143
190619
1 888
088
(5000)
4 482
(400)
4 728
4618
1758
078
706
609
8439
2 008
866
4818
473
188
159
183
048
868
000
000
000